

FWV

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Schwäbisch Hall

**Fraktionssprecher: Hartmut
Baumann**



Stellungnahme zum Doppelhaushaltsplan 2018 / 2019

Haushaltsrede zum HH 2018/2019

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herrn,

Haushaltsrede, ein Begriff oder eine Bezeichnung, die in mir immer etwas nostalgische Erinnerungen weckt, bin ich doch in einer Zeit und in einer Familie aufgewachsen, in der meine Mutter am ersten des Monats ihr Haushaltsgeld von meinem Vater bekam. Und dann gab's die „Haushaltsrede“ meines Vaters: Was war übrig vom Vormonat, was ist geplant für den aktuellen Monat, war's zu knapp bemessen wegen außerplanmäßigen Ausgaben?, oder ist was übrig, um es auf die hohe Kante zu legen. Was ist für den kommenden Monat zu erwarten.

Warum erzähl ich Ihnen das heute? Nicht um Sie auf Weihnachten einzustimmen, nein weil es der Lernprozess für uns war, mit dem Geld umzugehen.

Und genau das was bei uns früher in der Familie stattfand, machen wir heute nicht monatlich, sondern machen wir mit der Einführung des Doppelhaushalts alle zwei Jahre.

Allerdings gibt's einen gravierenden Unterschied. Während in den Haushalten der Familien in den Nachkriegsjahren, die baumannsche Familie war sicher keine Besondere, während in diesen Familienverbänden Begehrlichkeiten keinen Platz

fanden, wird es in der Kommune, in den Ländern oder im Bund immer schwieriger notwendige Ausgaben, von denen viele auch auf Begehrlichkeiten einst verabschiedeter Gesetze beruhen, wird es immer schwieriger diese Ausgaben mit Einnahmen auszugleichen, um ein genehmigungsfähiges Planwerk zu verfassen.

Während in den Familien keine Gefahr der Abwahl des Familienoberhauptes, oder einzelner Familienmitglieder bestand, stehen heute alle Politiker, und auch wir in einem Kommunalparlament unter dem immensen Druck der Öffentlichkeit, und somit unter dem Druck der Wählerinnen und Wähler. Dieser Druck wird ständig erhöht durch öffentliche Äußerungen, ja oftmals Beschimpfungen und nicht selten auch Beleidigungen von Mandatsträgern, aber auch durch Verunglimpfungen gegenüber Verantwortlichen innerhalb der verschiedenen Verwaltungen.

Und wenn sich dieser, ja oftmals ist es schon Hass, wenn sich dieser Hass dann so steigert, dass eine Oberbürgermeisterkandidatin einem Mordversuch nur knapp entgeht, dass ein Bürgermeister mit einem Messer attackiert wird, dann muss es erlaubt sein, zu hinterfragen, wer an dieser Entwicklung die Schuld trägt. Und es muss auch erlaubt sein dies anzusprechen im Zusammenhang mit der Stellungnahme zum Haushaltsentwurf für die Jahre 2018 und 2019 einer Stadt mit 40.000 Einwohnern, dem Haushaltsentwurf von Schwäbisch Hall.

Wenn man, entsprechend der tollen Aussage „das Ohr am Volk hat“, hört man primär die Aussage: „die Politiker sind die Schuldigen an allem, sie sind schuld an der Tatsache, dass es allen schlecht geht, (wie vielen geht es denn in unserem

Land mit seinen sozialen Absicherungen wirklich schlecht?), sind schuld, dass unsere Bildung leidet, (bringt unser Land nicht nach wie vor starke, verantwortungsbewusste Frauen und Männer hervor, welche hier gebildet und ausgebildet werden?), schuld, dass unsere Energiepolitik die falsche sei (sind wir nicht im Reigen der anderen Länder nach wie vor ganz vorne mit dabei, was erneuerbare Energie betrifft ? In Schwäbisch Hall sind wir es im Vergleich zu anderen Städten ganz sicher), Schuld wird den Politikern aber auch unterstellt an der Wahlmüdigkeit (weil sie nach Volkes Meinung sowieso machen was sie wollen). Wie dies bei all den Hürden, welche in unserem Rechtsstaat eingebaut sind, gehen soll, kann ich nicht erkennen.

Und, und, und..., ich könnte die Auflistung der Schuldzuweisungen der sogenannten „Volkes Stimme“ noch weiter führen. Warum sage ich dies alles zum Einstieg in meine Rede zum Planentwurf unseres Doppelhaushalts ? Es ist mir einfach ein Bedürfnis meine Sorge um unsere demokratische Staatsform, und diese Sorge teilen viele mit mir, es ist mir ein Anliegen Sie, wenigstens Sie wenige, meine Damen und Herrn, zum Nachdenken zu veranlassen.

Ich möchte Sie bitten, mit mir, wie es schon viele meiner Freunde und Bekannten mit mir tun, nachzudenken, nachzudenken, ob die viel beschworene Gefahr für unsere Demokratie wirklich von extrem rechts oder links kommt. Ob die Gefahr nicht viel eher von einer offensichtlich ansteckenden Krankheit der unbegründeten Unzufriedenheit, einer ansteckenden Krankheit der Schlechthaltung kommt, von einer ansteckenden Krankheit des Augen Verschließens vor allem Unglück, das auf unserer Welt herrscht im Vergleich zu bei uns, von einer ansteckenden Krankheit der Sucht nach Beschuldigung

anderer und von einer ansteckenden Krankheit des Neides auf andere, und das meine ich nicht nur im materiellen Sinne. Die zwischen 30 und 50 % Nichtwähler, je nach anstehender Wahl sind nahezu 3 bis 5 mal soviel wie die, welche den extrem rechts und links agierenden Parteien ihre Stimme geben, und diese 30 bis 50 % Nichtwähler sind erstrecht keine Sympathisanten der Links- oder Rechtsextremisten. Es sind Bürgerinnen und Bürger denen es entweder egal ist was geschieht, oder es sind welche denen es nicht bewusst ist, auf was für ein unbezahlbares Recht in einem freien Land, nämlich auf das Wahlrecht, und somit auf das Recht der Einflussnahme auf die Handlungen der Politikerinnen und Politiker Einfluss zu nehmen, auf welches Recht sie verzichten.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, die Fraktion der Freien Wähler Vereinigung sieht sich mit dem Ergebnis der Haushaltsberatung und den Abstimmungen zu den Anträgen am Montag vergangener Woche zufrieden. Ein paar einzelne Themen will ich herausgreifen und etwas näher beleuchten.

Es war uns ein Anliegen die Planung für die Süd- Umfahrung Hessental aus der mittelfristigen Finanzplanung in den Doppelhaushalt 2018/19 vorzuziehen, Die Mehrheit des Gemeinderats hat dies mit uns beschlossen.

Auch freut es uns, dass der Vorschlag der Verwaltung den Um- und Ausbau des Unfallschwerpunktes, Kreisverkehr am Schulzentrum West, zurückzustellen, keine Mehrheit im Rat fand.

Und wenn ich beim Thema Kreisverkehr bin, möchte ich doch zum Antrag der SPD-Fraktion an der Ausfahrt Breiteich – Westumfahrung einen Kreisverkehr einzurichten ein paar Sätze sagen. Die Fraktion der Freien Wähler Vereinigung war und ist ein starker Befürworter von Kreisverkehren. Welchen Erfolg die Einrichtung eines solchen bei den Stadtwerken hat, ist wohl unstrittig. Und nicht zuletzt nach diesen Beobachtungen waren wir bei den vorangegangenen Diskussionen hinsichtlich Verbesserung der Situation an der Breiteichstraße starke Befürworter eines Kreisverkehrs. Nun aber zeigen uns die Untersuchungen der Verwaltung hinsichtlich Verkehrsaufkommen, wohl bemerkt auch mit Prognosen nach Vollbebauung des Siedlungsgebiets Breiteich, und die Hinweise, dass es sich nicht um einen Unfallschwerpunkt handelt, aber auch die Reaktion der Kreisverwaltung in Punkto der Kostenübernahme bzw. der eventuellen künftigen Widmung der Westumfahrung, all diese Parameter zeigen uns, dass es angesagt ist an dieser Stelle auf andere Art und Weise für eine Verkehrsentsflechtung zu sorgen.

Und sehen Sie meine Damen und Herrn, die FWV war und ist immer bereit zum Umdenken, zur Findung von Lösungen. Und wenn solche alternativen Lösungen Kompromisse erfordern, sprechen wir nicht vom Umfallen oder gar Gesichtsverlusten. Vielleicht ist auch die, will nicht sagen Sturheit, oder gar Verbohrtheit, aber das Festhalten an eigenen Standpunkten in der großen Politik, wie wir sie beispielsweise bei den Sondierungen zu Jamaika erlebt haben und sicher in den kommenden Wochen als aufmerksame Bundespolitikbeobachter bei den weiteren Findungsgesprächen zur Bildung einer neuen Bundesregierung erleben werden, vielleicht ist auch gerade

diese gängige Verhaltensweise auch mit ein Auslöser der von mir eingangs meiner Rede skizzierten Situation bzw. der Einstellung der Bürgerschaft zu den Parlamentariern.

Vor dem Hintergrund der Nachfinanzierung zum Bau des Globe -Theaters ist es uns gelungen Mehrheiten für die Installation eines Untersuchungsausschusses, welcher die Gründe der Verteuerung des Bauvorhabens erkunden soll, zu gewinnen.

Nicht nur der Gemeinderat, auch die Öffentlichkeit hat ein Recht auf eine detailliertere Darstellung der Mehrkosten, aufgebrochelt innerhalb der verschiedenen Kostengruppen.

In diesem Kontext erinnere ich auch an den Neubau des Optima-Sportparks. Lediglich wenige Hunderttausend Euro wurden von der Stadt nachfinanziert. Von seitens des Gemeinderats wurde schon frühzeitig eine Deckelung der Kosten beschlossen.

Die FWV wollte und will niemals die beiden Lager Sport und Kultur gegeneinander ausspielen. Aber gerade auch diejenigen Bürgerinnen und Bürger, denen wir Hallenbelegungsgebühren auferlegen, die sie zusätzlich zu ihren Mitgliedsbeiträgen in den jeweiligen Vereinen finanzieren müssen, haben das Recht auf eine lückenlose Aufklärung.

Aber eines sei auch betont: Die FWV wird unabhängig von den endgültigen Kosten für den Neubau der zweiten Spielstätte der Freilichtspiele das Ergebnis positiv begleiten. Und wir fordern schon jetzt alle Theaterfreunde auf: „Verbreiten Sie mit uns eine positive Stimmung, teilen Sie mit uns den Stolz, welchen wir auf Grund unserer Haller Kultur- und Theaterlandschaft berechtigt zeigen dürfen, und vor

allem besuchen Sie die Spielstätten, werben Sie für einen Besuch“.

Ich sprach von der Aufklärung der Kostenentwicklung beim Bau des Globe.

Eine solch lückenlose Aufklärung hat der Gemeinderat, der Aufsichtsrat der GWG, aber auch die Bevölkerung, soweit im Zeichen des Datenschutzes möglich, in Sachen Verkauf Wohnheim Sonnengarten, trotz immer wieder anders lautender Meldungen erfahren.

Die FWV hat sich bei den Diskussionen und Stellungnahmen den Vorwurf eingehandelt zu zurückhaltend agiert zu haben. Gerne nehme ich meine heutige Rede zum Anlass in wenigen Sätzen unsere Auffassung deutlich zu machen:

Unbestritten ist die Tatsache, dass der Oberbürgermeister die unterschiedliche Rechtslage hinsichtlich Befangenheit bei mittelbaren oder unmittelbaren Beschlüssen anders einschätzte wie dies die Rechtssprechung sieht. Hierfür hat er sich entschuldigt. Aber, und ich sage bewusst aber: Äußerungen wie Vorwürfe der Korruption, Unterstellungen der Vorteilsnahme, der Interessenswahrnehmung bei der Gestaltung der Verträge, weil auf beiden Seiten des Tisches sitzend, Gestaltung von Abfindungen bei der bevorstehenden Trennung von seiner Ehefrau, welche sogar das Regierungspräsidium veranlasste Eheverträge einzusehen, all diese, auch von Mitgliedern dieses Hauses gemachten Vorwürfe wurden bis heute nicht auf gleicher Ebene wie geäußert zurückgenommen. Die Wortwahl in den sogenannten sozialen Netzwerken, die Netzwerke wurden nicht nur in diesem Fall ihrem sozialen Gedanken nicht im Mindesten gerecht, diese Worte zu wiederholen, würde meiner guten Erziehung widersprechen.

Was bleibt ? Beim Verkauf der Immobilie und Teilen der Gesellschaft wurde der Geschäftsleitung der GWG korrektes Verhalten bescheinigt, die Geschäftsleitung und der Aufsichtsrat wurden entlastet, und last but not least wurde der Jahresabschluss vom Wirtschaftsprüfer mit dem uneingeschränkten Prüfungsvermerk versehen und von den zuständigen Gremien beschlossen.

Aber was bleibt darüber hinaus ? Bei den anschließenden Diskussionen über die Richtlinien für privatrechtliche Beteiligungen ging die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen soweit, dass sie einen Antrag stellten, Geschäftsbeziehungen in bestimmten Bereichen für einen bestimmten Personenkreis unter besonderen Voraussetzungen gänzlich auszuschließen.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, für die FWV darf ich sagen, dass solche Ansinnen nach unserer Rechtauffassung nicht nur rechtswidrig im Sinne der Gleichbehandlung sind, sondern auch in krassem Widerspruch zu unserer Erwartungshaltung gegenüber der Bürgerschaft in unserer Stadt stehen. Diese Erwartungshaltung geht nämlich dahin, dass wir uns über das bürgerschaftliche Engagement, nicht zuletzt im Gemeinderat genauso freuen, wie wir wohlwollend das Streben nach wirtschaftlichem Erfolg von Familienangehörigen von Gemeinderätinnen und Gemeinderäten innerhalb unserer Kommune beobachten.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn,
Mit den Stimmen unserer Fraktion erhielt die Verwaltung grünes Licht für, wie wir glauben wichtige Maßnahmen in der Innenstadt, als da sind:

Stichwort Neugestaltung Unterwöhrd: Der Ansatz der Verwaltung im Zusammenhang mit dem Sanierungsgebiet nördliche Kernstadt und der Umgestaltung Haalplatz mit dem Oberbegriff „Stadt am Fluss“, dieses Thema mit einem Planungswettbewerb zu belegen findet unsere Zustimmung. Hieraus sollte sich dann eine klare Wegebeziehung auf dem Unterwöhrd im Zusammenhang mit Globe und Biergarten, aber auch unter Berücksichtigung des sensiblen Bereichs der beiden Kinderspielplätze ergeben.

Wichtig ist aus unserer Sicht dabei darauf hinzuweisen, dass wir bei der Zustimmung zum Bau einer neuen Flussüberquerung im Bereich Lindach davon ausgehen, dass diese neue Brücke mit einer komfortableren Ausstattung für Fußgänger den alten Steg ersetzt, weshalb dieser dann zurückgebaut wird. Unter einer komfortableren Ausstattung verstehen wir auch eine Barrierefreiheit nicht zuletzt für die Bewohner der Seniorenwohnheime jenseits Kochens.

Absenkung der Salinenstraße im Bereich der Henkersbrücke: Wir freuen uns, dass der Planansatz, wie von der Verwaltung vorgeschlagen eine Mehrheit fand, und nicht wie von der CDU-Fraktion beantragt mit einem Sperrvermerk versehen wurde.

Allerdings, Herr Oberbürgermeister und Herr Klink, sollte man in diesem Zusammenhang auch prüfen, inwieweit der Ersatz des letzten, östlichen Brückenbogens durch eine Stahlbrücke mit den Konstruktionsmerkmalen von gebogenen Fachwerkträgern genehmigungsfähig wäre, und was dann ein Kostenvergleich ergibt. Hätte man dann nämlich das leidige Thema Verlegung des Hauptsammler umschifft.

Unstrittig ist bei diesem Thema sicher, dass es uns gelingen muss einen Großteil der kleineren LKW's, vornehmlich die sogenannten Sprinter aus der Schwatzbühlgasse raus zu bekommen. Und im Gegensatz zu der Beobachtung anderer Fraktionen, ist uns bewusst, dass es sich nicht nur um Fahrzeuge der Paketdienste handelt, deren Fahrten man durch irgendwelche Zubringersysteme minimieren könnte. Vielmehr handelt es sich bei mindestens 70% der Fahrzeuge, um Fahrzeuge von Handwerkern und Versorgungsunternehmen.

Und wenn ich in dieser Problematik der Gestaltung und Umgestaltung der Innenstadt bin, möchte ich doch noch unserer Verwunderung Ausdruck verleihen ob des Antrags der CDU- Fraktion auf 2 Millionen Fördergelder zu verzichten, und die Ungestaltung des Haalplatzes aus dem Doppelhaushalts zu streichen.

Auf Anregung unserer Fraktion im letzten Doppelhaushalt wurde der Haalbrunnen in diesem Jahr aufgewertet. Ein erster Schritt in Richtung Attraktivitätsgewinn des Platzes. Diesen Prozess fortzuführen ist unser erklärter Wille. Und ich gehe sogar noch einen Schritt weiter: Es ist geradezu eine Verpflichtung den Erlebnis- und Erholungswert im Zentrum unserer Stadt aufzuwerten. In diesem Zusammenhang sei es erlaubt meinen ganz persönlichen visionären städtebaulichen Traum einer unterirdischen Zufahrt zu einem Parkhaus bzw. einer Durchfahrt unter dem Haalplatz auf Höhe des Kurzwarengeschäftes Zwing und einer Ausfahrt an der Kocheruferstraße laut zu träumen.

Nicht ganz unseren Erwartungen entspricht die Behandlung des Lappeenranta – Stegs. Würden wir uns doch die in der

mittelfristigen Finanzplanung enthaltene Verwirklichung eines Austausches des nicht mehr ins Stadtbild passenden, häufig reparaturbedürftigen Holzstegs gegen eine stadtbildverträglichere Kocherüberquerung wünschen.

Für uns ist dieses Thema direkt mit der Renaturierung des Kocheruferes im Korrespondenz mit den Jugendfreizeitanlagen auf der Weilerwiese zu sehen. Die Vermeidung einer jahrelang zu sehenden Dauerbaustelle gilt es aus Sicht der FWV zu verhindern.

Wir bitten Sie Herr Klink in einer Presseerklärung die Gesamtsituation bzw. den Sachstand zu den offensichtlich stagnierenden Maßnahmen in diesem Bereich für die interessierte Bevölkerung zeitnah einmal darzustellen.

Ich komme zu den Teilorten. Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, vielen Dank, dass dem Anliegen unserer Fraktion im Hinblick auf die Verbesserung der Zuwegung zu den Friedhöfen in den Teilorten im Rahmen des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebes Friedhöfe Rechnung getragen werden kann.

Dass wir dem Antrag der CDU-Fraktion einer Aufstockung der Haushaltsmittel beim Entwicklungskonzept Teilorte nicht zustimmen konnten, basiert auf der Stellungnahme der Verwaltung, worin darauf hingewiesen wird, dass Mittel hierfür im Teilergebnishaushalt unter dem Produkt „Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Erneuerung“ enthalten sind. Ich betone dies, weil seriöse Politik oder Antragsstellung für uns auch bedeutet die Antworten der Verwaltung so ernst zu nehmen, dass man auf das Bestehen eines Antrags mitunter verzichtet.

Wenn ich von seriöser Politik rede, möchte ich doch noch 3 Anträge von der CDU bzw. der SPD ansprechen. So beantragt die CDU zur Kulturförderung ein Ankaufsbudget in Höhe von 5.000.- €. Die Verwaltung befürwortet diesen Antrag. Welcher Kunst- und Kulturfachmann kam denn auf diese Summe? Oder fehlt hier eine 0? Wir werden mit Interesse verfolgen, welche wertvollen Exponate hier für in Summe 5.000.- € den Besitzer wechseln.

Des Weiteren wurde beantragt, die Einnahmeansätze bei Veräußerungen von Kleinimmobilien von 150.000.- € auf 300.000.- € zu erhöhen. Es wäre interessant zu erfahren, welcher Immobilienfachmann, der schlauer ist als unsere städtische Bau- und Immobilienverwaltung, diese Zahl der Fraktion, nach vermutlich sachkundiger Schätzung, geflüstert hat.

Und dann ist da noch der Antrag der SPD, mit 10.000.- € das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern im Rahmen von Ehrungsveranstaltungen zu fördern. Gedacht sei an Einkaufsgutscheine, Geschenkgutscheine etc. Wir gehen davon aus, dass die Genossen bereits alle Vereinsvorsitzenden über diese überwältigende, ja ideale Idee informiert haben, ist das doch ein fantastisches Argument, ehrenamtlich Tätige zu gewinnen, weil sie nach jahrzehntelanger Vereinsarbeit eine Hallenbadfreikarte in Aussicht gestellt bekommen.

Unsere Fraktion hat sich jedenfalls über diese 3 Anträge bei den Beratungen köstlich amüsiert und sie in unseren Notizen, nach Kampfabstimmungen mit bis zu 3 Smileys bedacht.

Ich komme zum Komplex Jugend:

Nachdem wir uns seit Jahren mit dem Thema der Beteiligung der Jugend an der Kommunalpolitik beschäftigten, Stichwort Jugendgemeinderat oder ähnliche Konstrukte, fand am 12. Oktober ein Jugendforum in der Aula im Schulzentrum West statt. Die Jugendlichen bildeten verschiedene Gruppen, welche ihre unterschiedlichen Wünsche und Anregungen an die Stadt formulierten. Auffallend, dass sich soviel wie keine Gruppe direkt mit Politik im Allgemeinen oder der Kommunalpolitik im Besonderen beschäftigen will. Vielmehr ging es grundsätzlich um spezielle Wünsche der verschiedenen Arbeitsgruppen.

Eine der Gruppen beschäftigt sich mit einer Lokalität in der Innenstadt. Zwischenzeitlich fand ein erstes Treffen mit Vertretern der Stadtverwaltung und den Paten, ich hatte mich als einer gemeldet, statt.

Das Ergebnis war aus meiner Sicht vielversprechend und das Ansinnen der Jugendlichen wurde auch in der Stellungnahme der Verwaltung zu den Anträgen der verschiedenen Fraktionen aus unserer Sicht ausreichend gewürdigt. Dass nun in der Beratung spontan von seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen 100.000.- € beantragt wurde hat uns doch schon sehr überrascht, zumal der Kollege Härtig, ebenfalls als Pate fungierend, und beim ersten Treffen anwesend, dort eher einen abwartenden Eindruck auf mich machte. Sei's drum. Ich denke wir alle hier wollen das gleiche, nämlich den jungen Leuten eine Anlaufstelle für gemeinsame Aktivitäten bieten. Wir von der FWV sehen lediglich die aus der Hüfte abgefeuerten 100.000.-€ als

populistische Zahl, denn sowohl für eine Anstoßfinanzierung, als auch für eine Planungsrate sind 100.000.- € zu viel, und für die optimale nachhaltigen Lösung, sprich Schaffung neuer Räume, falls ein Modell dann funktioniert, sind diese 100.000.- € dann sicher zu wenig.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herrn, die unter der SHB zusammengeführten Unternehmen, Stadt Schwäbisch Hall, Stadtwerke, GWG, HGE, sowie das Technologiezentrum werden wie auch die Vereine mit städtischer Beteiligung, nämlich die Freilichtspiele, das Hohenloher Freilandmuseum, der Verein Alt Hall und die Volkshochschule, sie werden alle von Frauen und Männern umgetrieben, welche oftmals auf Grund ihrer Doppelbelastung am Limit ihrer Schaffenskraft stehen. All diese Felder sind gut bestellt. Den Verantwortlichen, aber auch denen die im letzten Glied tätig sind gilt unser Dank und unsere Hochachtung. Dieser Dank gilt auch allen Steuerzahlern, die mit ihrem Beitrag dafür sorgen, dass die Stadt alle anstehenden Aufgaben bewältigen kann.

Ihnen Herr Gruber und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gilt unser Dank für die gewissenhafte Ausarbeitung des Haushaltsplans für die Jahre 2018 und 2019. Dazu gehört auch der gewissenhafte Umgang mit den Geldern, wie es sich in der mittelfristigen Finanzplanung widerspiegelt.

Die FWV Fraktion wird dem Haushaltsplan 2018/2019 und der mittelfristigen Finanzplanung, auch mit der Vorsehung einer Veranschlagung einer Kreditermächtigung zustimmen.

Unser besonderer Dank gilt Ihnen Herr Oberbürgermeister für Ihre geleistete Arbeit in den zu Ende gehenden zwei Haushaltsjahren 2016/2017.

Für die FWV darf ich betonen, dass Sie unser vollstes Vertrauen genießen bei Ihren schwierigen Entscheidungen, welche Sie vornehmlich tagtäglich ohne den Gemeinderat zu treffen haben.

Meine sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, werte Vertreter der Presse, meine Damen und Herrn.

Im zu Ende gehenden Jahr 2017, in dem unsere Stadt, weder von naturbedingten Katastrophen heimgesucht wurde, noch in irgendeiner Form der Stadt größere Unbillen widerfuhr, danke ich auch Ihnen für ein gutes Miteinander.

Wir alle wissen, wie immer umfangreicher die Arbeit von uns Mandatsträgerinnen und Mandatsträger wird. Und wir alle wissen auch, dass es immer schwerer wird Bürgerinnen und Bürger für die Kommunalpolitik zu rekrutieren.

Dazu kommt, dass nicht zuletzt gerade wegen dem immensen Zeitaufwand, Statistiken aus allen Parlamenten zeigen es überdeutlich, dass nicht mehr alle Berufsgruppen aus der Bevölkerung in den Parlamenten in ausgewogenem Verhältnis präsent sind.

Sind wir uns aber sicher, falls es nicht gelingt dies in naher Zukunft zu ändern wird dem Lobbyismus eine immer größere Bedeutung zukommen. Eine solche Entwicklung kann aber unserer repräsentativen Demokratie auf Dauer nur schaden.

Ich wünsche mir, ich wünsche uns, dass es auch in den kommenden zwei Jahren und darüber hinaus gelingen möge, hier im Haller Gemeinderat Kommunalpolitik zum Wohle aller Haller Bürgerinnen und Bürger zu betreiben. Dazu gehört sicher auch das Einfordern einer fairen, stets zielorientierten Streitkultur, und dazu gehört auch, dass diese Politik transparent der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird.

Es gilt aber auch zu akzeptieren, dass diese Transparenz nicht eingefordert werden kann, wenn es um persönliche Inhalte geht.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, die FWV und ich wünscht allen, denen wir es nicht noch persönlich übermitteln können frohe Weihnachten und alles Gute für 2018.